

1871

von Dag Krienen

Den im deutschen Bürgertum seit den Napoleonischen Kriegen wachsenden Wunsch nach einem Staatswesen, das alle Deutschen in Mitteleuropa vereint, erfüllte der Deutsche Bund von 1815 in keiner Weise. In der Revolution von 1848/49 gelang es auf demokratischem Weg nicht, diesen Wunsch auch nur als kleindeutsche Lösung (unter Ausschluß der Habsburgermonarchie) gegen den Willen der deutschen Fürsten und den sich im ersten Krieg um Schleswig-Holstein bemerkbar machenden Druck der ausländischen Mächte zu realisieren. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnte die ihm von der Nationalversammlung angetragene deutsche Kaiserkrone ab, um massiven Konflikten mit den übrigen Mächten zu entgehen. 1849/50 versucht er allerdings, auf der Basis einer konservativ modifizierten Frankfurter Reichsverfassung mit anderen deutschen Staaten außerhalb Österreichs eine (klein)deutsche Union zu gründen. Doch nur einige meist kleinere Staaten schlossen sich der »Erfurter Union« an. Im November 1850 zwang der Habsburgerstaat, unterstützt von Rußland, Preußen durch ein militärisches Ultimatum zur endgültigen Aufgabe des Union-Projekts und zur Wiederbelebung des Deutschen Bundes von 1815 (»Olmützer Punktation«).

Für den 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten berufenen Otto von Bismarck war die (klein)deutsche Einigung zunächst nicht das zentrale Ziel seiner Politik. Als seine wichtigste Aufgabe sah er vielmehr an, die Großmachtstellung des preußischen Staates in Europa zu sichern. Preußen in den Grenzen von 1815 war die kleinste, territorial zudem zweigeteilte und von den übrigen Mächten eingekeilte Großmacht in Europa. Für Bismarck war die Demütigung durch Olmütz ein politisches Schlüsselereignis, das Preußens elementare Schwäche im überkommenen europäischen Mächtesystem mehr als deutlich gezeigt hatte. Seine Großmachtstellung konnte nach Bismarcks Überzeugung nur dann Bestand haben, wenn es in Norddeutschland expandierte und sich dort eine hegemoniale Stellung verschaffte. Das war nur mit militärischen Mitteln und gegen den innerdeutschen Rivalen Österreich durchzusetzen. Der gemeinsam mit Österreich geführte Krieg von 1864 gegen Dänemark verdrängte einen ausländischen Monarchen aus der Herrschaft über deutsche Gebiete, wo 1848/49 eine ausländische (britische) Intervention gedroht hatte. Im deutsch-deutschen Krieg von 1866 nötigte Preußen dann den österreichischen Kaiserstaat nach der Schlacht von Königgrätz zu einem Frieden, der ihm zwar keine Gebietsverluste abverlangte, aber zur Anerkennung der Auflösung des Deutschen Bundes und zum Rückzug aus Deutschland zwang. Gleichzeitig arrondierte Preußen rücksichtslos sein Territorium in Norddeutschland durch Annektierung dortiger Kriegsgegner und dominierte als Hegemon den mit den verbleibenden Staaten nördlich der Mainlinie geschlossenen Norddeutschen Bund von 1867. Mit den nun vollständig souveränen süddeutschen Staaten Baden,

»Ja, ich habe den Krieg von 1866 gemacht in schwerer Erfüllung einer harten Pflicht, weil ohne ihn die preußische Geschichte stillgestanden hätte, weil ohne ihn die Nation politischer Versumpfung verfallen und bald die Beute habsüchtiger Nachbarn geworden wäre, und stünden wir wieder da, wo wir damals standen, würde ich entschlossen wieder den Krieg machen. Niemals aber werde ich seiner Majestät zu einem Krieg raten, welcher nicht durch die innersten Interessen des Vaterlandes geboten ist.«

Bismarck im Gespräch mit dem Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Eduard Graf Bethusy-Huc, Ende März 1867.

Württemberg und Bayern konnte Bismarck zugleich unbefristete und unkündbare *Schutz- und Trutzbündnisse* abschließen, da sich diese nach dem Ende des Deutschen Bundes einer möglichen französischen Bedrohung alleine nicht erwehren konnten.

Bismarck hatte damit bereits sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf ein sicheres Fundament zu stellen, erreicht. Von einem rein preußischen Standpunkt aus gesehen, waren nach 1867 weitere Schritte zur Erweiterung seiner Machtbasis nicht mehr zwingend notwendig. Er war sich aber auch bewußt, daß Preußen seinen Aufstieg der Unterstützung durch die deutsche Nationalbewegung verdankte, die es zu erhalten galt. Deshalb gehörte es offiziell zum Selbstverständnis des Norddeutschen Bundes, sich allmählich zu einem (klein)deutschen Gesamtbund weiterzuentwickeln.

Es gibt Indizien dafür, daß Bismarck nun auch realpolitisch die Vollendung der deutschen Einheit als Fernziel ins Auge faßte. Allerdings hatte er dabei keine Eile. Der nunmehrige norddeutsche Bundeskanzler lehnte jedes überhastete Vorgehen in der Angelegenheit ab. Die Verbesserung der Großmachtstellung Preußens 1866/67 war von den meisten europäischen Mächten noch nicht als *bedrohliche* Veränderung des europäischen Gleichgewichts wahrgenommen worden. Die Bildung eines kleindeutschen Nationalstaates wäre allerdings zwangsläufig als eine erneute, viel einschneidendere Veränderung dieses Gleichgewichts angesehen worden. Jeder weitere Schritt in diese Richtung mußte aufgrund seiner außenpolitischen Konsequenzen und Kriegsrisiken wohlwogen werden.

Zum anderen war sich Bismarck bewußt, daß der Krieg von 1866 in den süddeutschen Staaten viele antipreußische Ressentiments hinterlassen hatte. Ihre Angliederung an den Norddeutschen Bund durch Zwang oder Druck und ohne echte Zustimmung der betroffenen Staaten und ihrer Bürger hätte statt zu einem weiteren Kraftgewinn nur zu einer Belastung geführt. Insbesondere die Könige von Bayern und Württemberg waren strikt gegen jede Einschränkung ihrer Souveränität. Daß viele ihre Untertanen ähnlich dachten, zeigte sich 1867/68 nach der Reform des Deutschen Zollvereins. Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu stärken, sollte der Verein mit eigenen Organen, etwa auch einem Zollparlament ausgestattet werden. Doch sowohl bei den Wahlen zum Zollparlament als auch bei den Landtagswahlen gewannen in Württemberg und Bayern 1868 die Gegner der kleindeutschen Einigung die Mehrheit, nur in Baden und in Hessen-Darmstadt erwiesen sich die Wähler als »anschluß«-freundlich. Bismarck unterband nun jeden Versuch einer Forcierung der Einheit durch den Norddeutschen Bund. Er bekundete zudem wiederholt, daß die deutsche Einheit zwar gewiß kommen werde, aber vielleicht erst von den folgenden Generationen vollendet werden könne. Allein kriegerische Ereignisse könnten den Prozeß beschleunigen. Solche bewußt herbeizuführen, lehnte er ab.

Preußen sah sich allerdings mit der wachsenden Gegnerschaft des französischen Zweiten Kaiserreichs unter Napoleon III. konfrontiert. Sein Machtzuwachs 1866 drohte die von Kaiser wie Volk weiterhin wie selbstverständlich in Anspruch genommene *Prépondérance légitime*, die »legitime Vormachtstellung« Frankreichs in Europa, in Frage zu stellen. Napoleon III. hatte schon vor dem Krieg von 1866 »Kompensationen« für Preußens Zugewinne verlangt. Doch konnte der Kaiser Gebietserweiterungen auf Kosten Belgiens und Luxemburgs nicht realisieren, denen Bismarck damals zwar vage und unverbindlich zugestimmt hatte, ohne sie aber nach 1866 außenpolitisch wirklich zu unterstützen.

In Frankreich wurden nun Rufe nach »Rache für Sadowa« (=Königgrätz) laut. Napoleon III. sah sich gezwungen, jeden weiteren Machtgewinn Preußens zu verhindern, zumal die Legitimität des bonapartistischen Regimes von außenpolitischen Erfolgen abhing. Beide Seiten kalkulierten nun die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein. Die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (aus der süddeutschen, katholischen Nebenlinie) für den seit 1868 vakanten Thron Spaniens wurde schließlich zum Zündfunken. Als diese Anfang Juli 1870 in Frankreich bekannt wurde, war dort die Empörung groß. Die übertriebene, aber noch verständliche Befürchtung Frankreichs, von einer mächtigen Dynastie von Ost und Südwest umklammert zu werden, wurde an sich durch Leopolds Rückzug am 12. Juli gegenstandslos. Doch

»Daß die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, halte auch ich für wahrscheinlich. Aber eine ganz andere Frage ist der Beruf, eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen, und die Verantwortung für die Wahl des Zeitpunktes. Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen. Wenn in die Richtung auf dieselbe die kommende Zeit ebenso fortschreitet wie die seit dem Regierungsantritt Friedrich des Großen verflossene und namentlich wie die seit 1840, dem Jahre, wo zuerst seit den Befreiungskriegen eine nationale Bewegung fühlbar wurde, so können wir der Zukunft in Ruhe entgegensehen und unseren Nachkommen das Weitere zu tun überlassen.«

Bismarck an den preußischen Gesandten in München, Georg Freiherr von Werthern-Bleichlingen, am 26. Februar 1869.



»1870 – Verlesung der französischen Kriegsdepesche auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin bei der Rückkehr König Wilhelms aus Ems am 15. Juli«

»Bismarck kontrollierte die Ereignisse nicht. Er hatte die Kandidatur Leopolds nicht geplant, und obwohl er sie im Frühjahr und Sommer nach Kräften unterstützte, war er doch bereit, klein beizugeben, als es danach aussah, als habe der König dem Rückzug zugestimmt und sich mit einem französischen Sieg auf dem diplomatischen Parkett abgefunden. Man kann ohne Übertreibung noch nicht einmal behaupten, die Franzosen hätten ihm in die Hand gespielt, da ihre Bereitschaft, einen Krieg zu riskieren, nicht auf Bismarcks Handlungen an sich zurückging, sondern vielmehr auf die grundsätzliche Weigerung, eine Gefährdung ihrer privilegierten Stellung im internationalen System hinzunehmen.«

Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*, S. 628.

nun setzten sich in der französischen Regierung jene Kräfte um Kaiserin Eugénie und Außenminister Gramont durch, die dem Rivalen Preußen auf jeden Fall eine schwere diplomatische Niederlage zufügen wollten. Gramont ließ den französischen Botschafter Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König Wilhelm vorsehen. Dieser solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollern auf dem spanischen Thron aussprechen und eine Garantieerklärung abgeben, einen solchen Versuch nie wieder zu gestatten. Indirekt hätte der König damit eingeräumt, daß die Kandidatur nicht als dynastische Privatangelegenheit, sondern, was er stets bestritten hatte, von Staats wegen betrieben worden sei, ihr Zurückziehen also ein Nachgeben Preußens angesichts der Macht Frankreichs darstellte. Wilhelm verweigerte dies und lehnte weitere Unterredungen mit Benedetti ab.

Bismarcks ließ die Mitteilung des Königs über den Vorfall in einer von ihm gekürzten, die Zurückweisung Benedettis schroffer darstellenden Form veröffentlichen (*Emscher Depesche*). Von einer Provokation der Franzosen zum Krieg konnte jedoch nicht die Rede sein. Die Kriegspartei in Paris hatte sich vielmehr zuvor aus eigenem Antrieb selbst in eine Falle manövriert, aus der sie nach dem Scheitern der diplomatischen Demütigung Preußens in Bad Ems ohne Gesichtsverlust nur noch durch den Krieg herauskommen konnte. Nach der Zurückweisung ihrer Forderungen durch Wilhelm I. beschloß die Regierung am 14. Juli die Mobilmachung; am 15. Juli bewilligte das Parlament fast einmütig die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte das Kaiserreich Preußen formell den Krieg.

Bismarck, der den Krieg nicht von langer Hand vorausgeplant und die Krise nicht von sich aus inszeniert hatte, nahm nun die Gelegenheit wahr, die deutsche Einigung durch einen – mit überschaubaren Risiken verbundenen – Duellkrieg mit einer einzelnen europäischen Macht zu beschleunigen. Deren Suche nach Verbündeten in Europa hatte er durch diverse politische Manöver bereits konterkariert. Frankreich steigerte durch sein Verhalten in der Julikrise seine internationale Isolierung noch, da es nun in den Augen der meisten Mächte als der alleinige Aggressor dastand, der aus nichtigem Grunde eine an sich schon entschärfte Krise zum Krieg eskaliert hatte. In Deutschland hingegen lösten die unverschämten französischen Forderungen – nicht nur in Norddeutschland, sondern auch den süddeutschen Staaten – eine nationale Begeisterung aus, die in die Bereitschaft zum militärischen Beistand für Preußen in diesem Krieg mündete.

Die verbündeten Streitkräfte des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten gingen Anfang August 1870 gegen die zwar in bestem Ruf stehenden, aber schlecht organisierten und geführten kaiserlichen Truppen in die Offensive, drängten sie von der Grenze ab, schlossen die »Rheinarmee« in Metz ein, vernichteten Anfang September die zum Ersatz heraneilende »Châlons-Armee« bei Sedan und nahmen Na-



poleon III. dort gefangen. Damit war der Krieg allerdings noch nicht entschieden. Die in Paris ausgerufene Dritte Republik setzte ihn unter Ausrufung der *Levée en masse* fort. Es gelang den Franzosen, in den unbesetzten Teilen des Landes neue Armeen aufzustellen. Diesen mangelte es allerdings an erfahrenen Offizieren und Unteroffizieren als Ausbilder und taktische Führer im Gefecht, so daß die kriegserfahrenen deutschen Verbände auch zahlenmäßig überlegene Truppen der Republik meist, allerdings nicht immer und nicht immer entscheidend, schlagen konnten. Erst im Januar 1871 wurde der Krieg militärisch definitiv entschieden, als vier große koordinierte Vorstöße der Franzosen – darunter ein großer Ausbruchversuch aus Paris am 19. Januar, dem Tag nach der deutschen Kaiserproklamation in Versailles – allesamt katastrophal scheiterten und sich die Ersatzarmeen, auch durch Desertationen, weitgehend auflösten.

»1870 – Begegnung mit Kaiser Napoléon am Morgen des 2. September«

Die lange Kriegsdauer stellte ein außenpolitisches Risiko dar. Zwar war aufgrund von Bismarcks politischen Manövern vor dem Krieg und vollends nach den ersten deutschen Schlachtensiegen die Gefahr gering, daß andere Mächte militärisch auf seiten Frankreichs eingriffen. Doch fürchtete Bismarck bis zum endgültigen Friedensschluß im Mai 1871 eine »Vermittlung« des Friedens durch andere Großmächte oder gar die Einberufung einer europäischen »Friedenskonferenz«. Diese hätte den Verzicht auf alle deutschen Gewinne erzwingen oder gar in die Gestaltung der deutschen Einheit eingreifen können. Durch eine Reihe von diplomatischen Maßnahmen konnte er diese Gefahr am Ende neutralisieren.

Die milde Behandlung Frankreichs in den Friedenspräliminarien von Versailles vom 26. Februar und dem endgültigen Frieden von Frankfurt vom 10. Mai 1871 erfolgte auch aus der Erwägung, daß die anderen Großmächte eine völlige Degradierung Frankreichs und damit eine gravierende Störung im europäischen Gleichgewicht kaum tolerieren würden. Nicht nur aus persönlicher Neigung hatte Bismarck deshalb von Anfang an, anders als Moltke, keine völlige militärische Niederwerfung Frankreichs mit anschließendem *Diktat*-, sondern einen *Verhandlungsfrieden* angestrebt. In den Friedensverhandlungen 1871 machte Bismarck dann den Franzosen durchaus substantielle Konzessionen und verzichtete zur insgeheimen Erleichterung der französischen Verhandlungsführer auf alle die Souveränität Frankreichs beeinträchtigenden Bestimmungen. Das Land mußte zwar das Elsaß und Teile Lothringens abtreten sowie eine beträchtliche Kriegsentschädigung zahlen, blieb jedoch als ein in vollem Umfang souveräner, wenn auch etwas zurechtgestutzter Mitspieler im Konzert der europäischen Großmächte erhalten.

Für den innerdeutschen Einheitsprozeß war die lange Kriegsdauer teilweise auch von Vorteil. Als die süddeutschen Staaten im Juli 1870 erklärten, daß sie nach der französischen Kriegserklärung an Preußen



»1871 – Der Bundeskanzler begiebt sich zur Kaiserproclamation in den Spiegelsaal des Schlosses von Versailles«

den militärischen Bündnisfall im Sinne der Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 als gegeben ansahen, war damit noch kein Bekenntnis zur Bildung eines gemeinsamen deutschen Staates verbunden. Bismarck blieb vorsichtig und wies noch Anfang August an, die Presse davon abzuhalten, von »Kaiserideen« zu schwärmen, weil dies die »süddeutsche Bundesgenossenschaft« stören könnte. Doch auch dort nahm der nationale Enthusiasmus breiter Volksschichten, vor allem nach den ersten, gemeinsam erfochtenen Siegen, ebenso zu wie das Bestreben, den gemeinsamen Kriegsanstrengungen die Bildung eines gemeinsamen Nationalstaates folgen zu lassen. Dem dadurch aufgebauten Druck mußten schließlich auch jene Regierungen, Monarchen und Parteien in Württemberg und Bayern nachgeben, die an sich gegen die Eingliederung in ein von Preußen dominiertes Kleindeutschland eingestellt waren.

Technisch gesehen wurde 1870/71 die Einheit (ähnlich wie 1990) durch den Anschluß der süddeutschen Staaten an den schon existierenden Norddeutschen Bund bewerkstelligt. Dieser besaß bereits gemeinsame Verfassungsorgane wie einen (mit gleichem Stimmrecht gewählten) Reichstag, einen Bundesrat (aus Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten), einen Bundeskanzler (Bismarck) sowie einen »Präsidium« (Vorsitz), das dem preußischen König zustand. Bismarck war aber weiterhin bemüht, jeden Eindruck zu vermeiden, daß die Initiative zum »Anschluß« von ihm bzw. Preußen ausging. Nach dem Sieg von Sedan bat er den von sich aus zum Anschluß bereiten Großherzog Friedrich I. von Baden, bei dem als unwillig geltenden bayerischen König Ludwig II. zu sondieren, wie das Verhältnis zwischen Norddeutschem Bund und Süddeutschland zukünftig zu gestalten sei. Es folgten längere Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten. Baden zusammen mit Hessen-Darmstadt (dessen nördliche Hälfte schon zum Bund gehörte) sowie jeweils Bayern und Württemberg vereinbarten in separaten Verträgen vom 15., 23. und 24. November ihren am 1. Januar 1871 wirksam werdenden Beitritt zum nunmehrigen »Deutschen Bund«, wobei Württemberg und vor allem Bayern jeweils umfangreiche Sonderrechte herausschlügen. Die Verträge wurden durch den norddeutschen Reichstag und die süddeutschen Landtage ratifiziert, der bayerische Landtag brauchte allerdings bis zum 21. Januar 1871, bis die notwendige Zweidrittelmehrheit zusammengebracht war.

Am 9. Dezember beschloß der Norddeutsche Bund im Einvernehmen mit den süddeutschen Regierungen die Umbenennung des Bundes in »Deutsches Reich« und seines »Präsidiums« in »Deutscher Kaiser«. Auch in diesem Fall hatte Bismarck zuvor den badische Großherzog vorgeschickt. Dieser bat Ende Oktober den bayerischen König, dem preußischen König im Namen aller Bundesfürsten die Kaiserkrone anzubieten. Ludwig II. zierte sich eine Weile, schickte aber schließlich Ende Novem-

»Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen [...], der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen: er hätte es erlangt, sie hätten gemußt; und er kann recht haben – mit dem Müssen. Mir lag aber mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren – was sind Verträge, wenn man muß! – und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber so ist er fester. Was fehlt, mag die Zukunft beschaffen.«

Bismarck zu seinen Mitarbeitern nach Abschluß der Verhandlungen mit den bayerischen Bevollmächtigten, 23. November 1870.

ber – nach der Zusage umfangreicher Finanzhilfen für den Bau seiner Schlösser – auf der Basis eines von Bismarck angefertigten Konzepts ein entsprechendes Handschreiben an Wilhelm I. Dieser war allerdings davon nicht begeistert, zerstritt sich mit Bismarck über seine Titulatur und ließ sich nur mit großer Mühe dazu bewegen, im Spiegelsaal von Schloß Versailles am 18. Januar 1871 zum Kaiser proklamiert zu werden.

Der 18. Januar 1871 gilt zu Recht als das eigentliche Gründungsdatum des Deutschen Kaiserreichs, auch wenn es staats- und verfassungsrechtlich bereits am 1. Januar 1871 ins Leben getreten war, und damit des ersten deutschen Nationalstaates. Der an diesem Tag zum Kaiser ausgerufenen König Wilhelm sollte mit seiner Befürchtung recht behalten, daß das altehrwürdige preußische Königtum hinter der Kaiserwürde rasch verblassen würde. Die Umbenennungen von »Präsidium« in »Deutscher Kaiser« und »Bund« in »Reich« änderten zwar an der institutionellen Struktur des neuen Staatswesens nichts, außer daß eine Reihe von Ämtern und Organisationen nun als »kaiserlich« oder »Reichs-« bezeichnet wurden. Für die meisten Deutschen, auch wenn sie weiterhin ihre landsmannschaftlichen Identitäten pflegten, waren aber »Kaiser« und »Reich« weit attraktivere Symbole als ein schnöder »Bund« und sein »Präsidium«, um sich mit dem neuen Staatswesen zu identifizieren. Im Bewußtsein der Deutschen und dadurch auch in der politischen Realität verwandelte erst der Kaisertitel einen Staatenbund – unter der in Süddeutschland nicht sonderlich beliebten preußischen Führung – in einen gemeinsamen Bundesstaat, in ein »Reich« unter einem gemeinsamen Kaiser, der *nebenher* auch noch der König eines der Gliedstaaten war.

Dieses Reich war keine Schöpfung allein von »oben«. Neben der Ratifizierung der Novembervträge durch den norddeutschen Reichstag und die süddeutschen Landtage verabschiedete auch der am 3. März 1871 gewählte gesamtdeutsche Reichstag am 14. April mit überwältigender Mehrheit (rückwirkend zum 1. Januar) die Verfassung des Deutschen Reiches. Diese faßte zwar »nur« mit wenigen kleinen Modifikationen die in den Novembervträgen vereinbarten Veränderungen der norddeutschen Bundesverfassung samt Sonderbestimmungen für Württemberg und Bayern zu einem neuen Dokument zusammen. Sie entsprach damit nicht dem Ideal von 1848, der Neuschöpfung »von unten« durch eine durch demokratische Wahl dazu legitimierte Nationalversammlung, deren staatsrechtliche und verfassungsgebende »Allmacht« allerdings den Zusammenstoß mit den realen politischen Mächten der Zeit nicht überlebt hatte.

Die gern zitierte Dichotomie einer »von oben« geschaffenen Einheit von 1871 und dem Anlauf dazu »von unten« 1848/49 verkennt, wie sehr die Reichsgründung von 1871 erst durch den Beitrag und den Einfluß von »unten« möglich wurde. 1848/49 hatte sich gezeigt, daß allein von »unten« her gegen die überkommenen deutschen Fürstenstaaten und die europäischen Großmächte eine deutsche Einheit, selbst in der abgespeckten kleindeutschen Form, nicht herzustellen war. »Unten« brauchte »oben«, also die machtpolitische Durchsetzungsfähigkeit einer deutschen Großmacht, um seine nationalen Wünsche zu realisieren. Zwischen »oben« und »unten« entwickelte sich zwischen 1864 und 1871 dabei eine seltene Dialektik: Bismarcks Preußen nutzte die nationalen Einheitswünsche der deutschen Bürger dazu, ein ursprünglich mit diesen nicht identisches Ziel zu verfolgen, geriet aber, indem es dabei erfolgreich war, in den Sog, den Wünschen von »unten« nachkommen zu müssen. Bismarck gelang 1870/71 das Kunststück, die Macht der »Oberen«, der deutschen Fürstenstaaten, mit den nationalen Wünschen der »Unteren« zu verbinden, ohne irgendeiner Seite Gewalt anzutun, und dabei auch noch ausländische Interventionen (außer der diplomatisch und militärisch beherrschbaren französischen) zu vermeiden. Das war das Maximum dessen, was damals in Mitteleuropa politisch erreichbar war. Am Ende ratifizierte »unten« nahezu einstimmig das, was von »oben« mit politischer Macht und Raffinesse sowie auch mit »Blut und Eisen« geschaffen worden war, und zwar in der demokratischsten Weise, die es damals gab, durch ein nach gleichem und direktem Männerwahlrecht gewähltes Parlament. Das Deutsche Reich von 1871 war kein Obrigkeits- und Fürstenstaat, sondern der Staat der gesamten Nation, eine sowohl nationale als auch demokratische Errungenschaft ersten Ranges. ■

Literaturhinweise:

- Otto von Bismarck: *Werke in Auswahl*, Bd. 4: *Die Reichsgründung 1866–1871* (hrsg. v. Eberhard Scheler), Darmstadt 2001;
- Klaus-Jürgen Bremm: *70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen*, Darmstadt 2019;
- Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*, München, ¹⁰2008;
- Michael Epkenhans: *Die Reichsgründung 1870/71* (= *Beck'sche Reihe*, Bd. 2902), München 2020;
- Hans Fenske: *Auf dem Weg zur Demokratie. Das Streben nach deutscher Einheit 1792–1871*, Reinbek bei Hamburg 2018;
- Eberhard Kolb: *Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, Göttingen 1970;
- Ders.: *Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71*, München 1990;
- Maik Ohnezeit: »Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgesichte, Ursachen und Kriegsausbruch«, in: Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Maik Ohnezeit: *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgesichte, Verlauf und Folgen*, Graz 2009, S. 17–82.